

Unwürdige Hängepartie

Bis zu 80 der 153 Schulkantinen sind in der Existenz bedroht, da die politisch Verantwortlichen sich wegduckten

Mensabetrieb – grundsätzlich unklar

Mit Verwunderung wurde Anfang des Jahres die Mitteilung aufgenommen – da herrschte noch Übergangssenator Wersich von der CDU –, dass die bisherige Mensabewirtschaftung durch 1-Euro-Jobber nur noch bis zu den Sommerferien 2011 gewährleistet sein sollte und dann ausliefe. Nun befinden wir uns bereits im Dezember 2011, der angekündigte Termin der Klärung der Mensabewirtschaftung vom Sommer ist seit 5 Monaten überschritten. Aus der Schulbehörde wurde verlautbart, es würde mehr Zeit benötigt, um das Problem grundsätzlich zu lösen, deshalb gibt es ein Moratorium bis Weihnachten 2011, bis dahin läuft alles so weiter wie bisher. Der Termin rückt näher, nichts tut sich – jetzt hört man, dass die Schulbehörde ein weiterer halbes Jahr benötigt, um das Problem der Mensabewirtschaftung endgültig vom Tisch zu bekommen.

Die Verwaltungsvereinbarung vom Mai 2011 zwischen der Schulbehörde und der Sozialbehörde einerseits und der Agentur für Arbeit, Jobcenter team.arbeit.hamburg andererseits sah vor, dass das derzeitige Mittags-essensangebot in den Schulen erhalten und spätestens zum Jahresende 2011/12 in eine Betriebsform überführt wird, die auf eine ergänzende Unterstützung durch HartzIV-Kräfte ver-

zichtet. Da bisher keine Lösung erreicht wurde, drohten in einem Brief vom 31.10.11 die Vertragspartner der Schulbehörde, die Vereinbarung platzen zu lassen.

Nawasistdennu?

Im Februar wurden Gespräche zwischen betroffenen Schulleitungen und der Behördenspitze geführt, um Finanzbedarfe festzustellen und zufrieden stellende Lösungen zu finden. Einige Schulleitungen hatten Vorschläge unterbreitet, aus denen hervorging, dass ein Mensabetrieb von Zubereitungsküchen für große Schulen SekI und SekII mit zwei Festangestellten (TdL-Bezahlung nach E9) und vier 400-Minijobs mit rund 100 000 € Personalkosten auskommen könnte. Die Kosten für die Mahlzeiten werden ja eh schon vom Hamburger Haushalt, den HartzIV-Zuschüssen des Bundes und Zuzahlungen der Eltern zum Essen beglichen. Also: für den Betrieb aller ca. 100 Schulmensen in Hamburg müssen doch geschätzte 10 Mill Euro drin sein – ein Klacks im Vergleich zu den Belastungen für die HSH-Nordbank und die Elbphilharmonie.

Damals im Februar schrieben wir als Personalrat einer betroffenen Schule noch an den Übergangssenator Wersich: „Wir begrüßen diese Gespräche, halten es aber für nötig, dass eine schnelle verbindliche Entscheidung unabhängig vom Ausgang der Wahlen in unserem Sinne

getroffen wird. Für einen Schildbürgerstreich würden wir es halten, wenn die teuer hergerichteten Kücheneinrichtungen einfach geschlossen werden und wir uns durch eine Fernverpflegung oder einen Pizzaservice verpflegen lassen müssen.“

Als beschäftigte LehrerInnen, SozialpädagogInnen, nichtpädagogisches Personal und SchülerInnen, die auf eine tägliche warme Mahlzeit im Ganztagsbetrieb angewiesen sind, können wir die verschlungenen Pfade der Politik nicht mehr nachvollziehen. Wenn mehr Ganztagschulen gefordert werden, dann muss auch dafür gesorgt werden, dass die Kinder und Beschäftigten mittags etwas Vernünftiges zu essen bekommen. Dabei sind an den Schulen je nach örtlichen Gegebenheiten und geschichtlicher Entwicklung ihres Ganztagsbetriebes die unterschiedlichsten Systeme der Mittagsverpflegung zum Teil aus der Not heraus geboren und haben sich mit viel Improvisationsgeschick weiterentwickelt:

- aus Großkantinen in Wärmebehältern angeliefertes Essen, das in den Schulmensen ausgegeben wird
- aus dem ehrenamtlichen Engagement von Müttern entstandene erweiterte Kaffeeklappen
- und in den allerwenigsten Fällen frisch zubereitetes Essen durch ausgebildete Köche und ErnährungsberaterInnen in gut eingerichteten Küchen.

Unklar bleibt im November 2011 nach all diesen unzähligen Gesprächen von betroffenen Schulleitungen mit den Behördenspitzen und nach einem zusätzlich stattgefundenen Interessenbekundungsverfahren weiterhin, wie die Mensen denn nun weiter betrieben werden sollen. Am Rande sei hier noch angemerkt, dass die privaten Anbieter, die ein Konzept zur Betreuung einer Zubereitungsküche eingereicht haben, wieder dieselben Trägergesellschaften sind,

die auch vorher die Vermittlung und Betreuung von 1€-Jobbern in den Mensen gemanagt und damit ihr Geld verdient haben. Jetzt wollen diese sozialen Trägervereine die Mensaküchen als Ausbildungsküchen für Köche von benachteiligten Schülern im dualen System betreiben, denn dafür gibt es sicher staatliche Zuschüsse. Wir, die Beschäftigten, hatten damals keine Wahl und haben die prekäre Beschäftigung von 1€-Jobbern unter Protest geduldet, jetzt aber möchten wir, dass die Zubereitungsküchen mit gesicherten, unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen betrieben werden und dass in den Schulmensen mit Anlieferungsküchen zum Austeilen des Essens unbefristet Teilzeitbeschäftigte arbeiten.

Derzeit werden die betroffenen Beschäftigten in den Schulmensen völlig im Unklaren gelassen über ihre Beschäfti-

gungsverhältnisse: Wer wird demnächst ihr Arbeitgeber sein? Welche Bezahlung wird ihnen geboten? Aus Sicht der betroffenen Beschäftigten ein unwürdiges Spiel mit ihrer Hoffnung auf einen gesicherten Arbeitsplatz. Das ist prekäre Beschäftigung in Reinkultur und eines öffentlichen Arbeitgebers nicht würdig.

Wie viele der Eltern, unter anderem die Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg(GEST), sind auch wir besorgt, dass an etlichen Ganztagschulen der Bestand der Schulkantinen gefährdet ist. Wegen der Arbeitsmarktpolitik von Bundesregierung und Senat werden viele Stellen von 1-Euro-Jobbern wegfallen. Da viele von ihnen für die Belieferung und Essensausgabe in Schulkantinen zuständig sind, wäre die Verpflegung bei 50 bis 80 der 153 Schulkantinen nicht mehr wie bisher möglich.

Wir setzen uns für die Umwandlung der prekär beschäftigten 1€-Jobber an den Schulen in gesicherte Beschäftigungsverhältnisse mit 2 Leitungsstellen für einen Koch und eine Ernährungsfachkraft ein, so dass viele bei der Freien und Hansestadt Hamburg in gesicherten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten können und nach Tarif bezahlt werden. Es gibt an den Schulen schon zu viele Bereiche, in denen nur noch Billiglöhne gezahlt werden.

Es wird wohl anders kommen und wieder Konzessionen mit privaten Caterern und Trägern im Laufe des 1. Halbjahres 2012 abgeschlossen, um rentenversicherungspflichtige Probleme von den Schulleitungen und der Behörde fernzuhalten.

WILLI BARTELS
Vorsitzender des Personalrates
der Ganztagsstadtteilschule
Mümmelmannsberg



Palast-Hotel am Potsdamer Platz, 1892-1943

Nähme man das Versprechen unseres 1. Bürgermeisters "Schulen zu Palästen machen" ernst, dürften Kantinen demnächst so aussehen